

Marktwirtschaft.

Zeichnung: Heiko Sakurai



H
\$18

- | | |
|---|---|
| <p>02 Soziale Marktwirtschaft – mehr leben statt nur beschwören!
Editorial von Michael Eilfort</p> | <p>06 Flüchtlinge integrieren – Migration besser steuern
Chancen und Herausforderungen der Zuwanderung</p> |
| <p>03 Ein neuer Aufbruch für Europa?
Eigenverantwortung statt Solidarhaftung notwendig</p> | <p>07 Heilsamer Wettbewerb?
Das Gesundheitssystem und der Markt</p> |
| <p>04 Kein Ende der Arbeit in Sicht
Auswirkungen der Digitalisierung am Arbeitsmarkt</p> | <p>08 (Abschaffung der) Abgeltungssteuer
Sinnvoll oder sinnfrei?</p> |
| <p>05 Generationenbilanz Update 2018
Pläne der GroKo könnten bis zu 5 Billionen kosten</p> | <p>Berliner Gespräche zum Finanzplatz
EU-Haushaltskommissar Oettinger zu Gast</p> |

Soziale Marktwirtschaft – mehr leben statt nur beschwören!

Editorial von Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft



Im Juni 2018 jährt sich die Geburtsstunde der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland, an deren Gestaltung die Stiftung Marktwirtschaft und der Kronberger Kreis seit mehr als 35 Jahren aktiv mitwirken, zum siebzigsten Mal. Zum Jubiläum diskutierte die Stiftung Marktwirtschaft an ihrer Kronberger „Geburtsstätte“ mit einem Nachfolger Ludwig Erhards,

der sich als kämpferischer Sach- und keinesfalls als Nachlassverwalter präsentierte: Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier war zu Gast (siehe Bild unten, ein ausführlicher Bericht folgt an anderer Stelle).

Trotz der wirtschaftlich besten Lage, in der sich Deutschland jemals befunden hat und eines aktuell besonders blauen Himmels sind ökonomisch und fiskalisch dunkle Wolken erkennbar und bietet das Jubiläum ordnungspolitisch wenig Anlass zu guter Laune. Es steht um marktwirtschaftliche Prinzipien und Grundwerte, denen wir unseren heutigen Wohlstand maßgeblich zu verdanken haben, nicht zum Besten. Die Regeln und Erfolgsprämissen sollten mehr als nur beschworen, sie sollten gelebt werden.

Statt durch echte Steuerstrukturreformen die Attraktivität des Standorts Deutschland zu erhöhen, werden Rekordsteuereinkünfte stillschweigend vereinnahmt und als gottgegeben dauerhaft verplant. Statt ein solides, auf



Foto: Ronny Barthel.

Beim Jahrestreffen der Stiftung Marktwirtschaft in Kronberg war Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier MdB zu Gast und gab in seiner Rede anlässlich des Jubiläums der Sozialen Marktwirtschaft einen Ausblick auf kommende Herausforderungen.

marktwirtschaftlichen Prinzipien beruhendes Fundament für die Eurozone zu schaffen, werden zahllose Verschlimm-besserungen an bestehenden Konstruktionsmängeln zum Spielball politischer Machtkämpfe. Statt Chancengerechtigkeit durch sinnvolle Investitionen in Bildung, Forschung, Infrastruktur und Digitalisierung als Gewinnerthema zu fördern, träumen zu viele von einem bedingungslosen Grundeinkommen, mit dem gleich alle marktwirtschaftlichen Prinzipien über Bord geworfen wären. Und statt im Sinne von Generationengerechtigkeit nachhaltige Rentenpolitik zu betreiben, werden wieder neue Rentengeschenke geschnürt, die zukünftige Generationen über Gebühr belasten.

Kaum jemand dankt der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Erfolge reklamieren jeweils viele Väter und Mütter für sich – insbesondere in der Politik. So mancher ihrer Repräsentanten und die Sozialindustrie gehen gern mit segnender Hand über das Land und lassen sich dafür feiern, zu verteilen, was andere, denen übrigens auch fast niemand dankt, erwirtschaftet haben. Was nicht funktioniert, in Deutschland z.B. derzeit die Chancengerechtigkeit oder, in der Finanzmarktkrise, die Privatisierung auch von Verlusten, wird aber gern der Marktwirtschaft angelastet – meistens genau von denen, die zuvor deren Prinzipien missachtet und deren eingebaute Korrekturmechanismen außer Kraft gesetzt haben.

Nur mit wieder mehr und konsequenter gelebter Sozialer Marktwirtschaft und einem Staat, der sich stärker auf die Schaffung von Rahmenbedingungen für Markt, Freiheit und Eigeninitiative besinnt, wird sich die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte Deutschlands in einem geeinten Europa fortsetzen lassen.



Das Positionspapier zum Jubiläum der Sozialen Marktwirtschaft finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

IMPRESSUM

Prof. Dr. Michael Eilfort

(V.i.S.d.P.)

Stiftung Marktwirtschaft

Charlottenstr. 60, 10117 Berlin

www.stiftung-marktwirtschaft.de

ISSN: 1612-9725

Fotos (wenn nicht anders angegeben): Kay Herschelmann

Ein neuer Aufbruch für Europa?

Eigenverantwortung statt Solidarhaftung notwendig

Europas gemeinsame Zukunft scheint ungewisser denn je: Finanz-, Staatsschulden-, Migrations- und Austrittskrise haben unverblümt die Konstruktionsfehler der Europäischen Union und ihrer Eurozone offengelegt und zu einem Vertrauensverlust in die europäische Politik geführt. An Reformempfehlungen zur Überwindung der Vertrauenskrise mangelt es unterdessen nicht. Die Europäische Kommission und Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron setzen in ihren weitreichenden Vorstellungen grundsätzlich auf „mehr Europa“. Zur „Vollendung“ der Wirtschafts- und Währungsunion sollen neue EU-Steuern eingeführt, das europäische Budget stark ausgeweitet, ein europäischer Finanzminister installiert sowie ein eigener Währungsfonds, eine europäische Einlagensicherung und gemeinschaftliche Anleihen kreiert werden. Die Bundesregierung scheint den Vorschlägen prinzipiell nicht abgeneigt zu sein und hat inzwischen eine gemeinsame Linie mit Frankreich gefunden, die einen Haushalt für die Eurozone und einen Ausbau des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) propagiert. Doch was ist von diesen Plänen zu halten?

Die Publikation „Mehr Transfer als Stabilität? Bewertung aktueller Reformvorschläge für die Eurozone“ der Stiftung Marktwirtschaft geht dieser Frage nach und stellt die Stabilität der Eurozone sowie die vorliegenden Reformempfehlungen auf den Prüfstand. Autor Dr. Jörg König stellt dabei heraus, dass die Vorschläge vom Grundgedanken her auf ein größeres Ausmaß an fiskalischer Solidarhaftung zielen und politökonomische Fehlanreize implizieren, die eine unsolide und der Währungsgemeinschaft gegenüber unsolidarische Finanzpolitik nach sich ziehen können. Wesentliche Grundprinzipien einer funktionierenden Marktwirtschaft, wie Eigenverantwortung, Marktdisziplin und Subsidiarität bleiben außen vor sowie Handlung und Haftung nach wie vor auf verschiedenen Ebenen. Dies verstärkt das Risiko ausbleibender Strukturreformen in den Mitgliedstaaten und führt zu einer Perpetuierung fiskalischer Transfers innerhalb der Eurozone. Vermehrte einseitige Transfers dürften zudem den Entfremdungsprozess der Bürger von Europa weiter vorantreiben und nationale Ressentiments schüren.

Lediglich unter gewissen Bedingungen könnte es angebracht sein, Teilaspekte der untersuchten Reformvorschläge weiter zu verfolgen. So sollte die Diskussion um neue Budgetlinien dazu genutzt werden, die Ausgabenstruktur und Effizienz diverser EU-Fonds zu untersuchen. Durch Umschichtungen im EU-Haushalt ließen sich diejenigen Politikbereiche finanzieren, die einen europäischen



Mehr Transfer als Stabilität? Bewertung aktueller Reformvorschläge für die Eurozone

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik,
Nr. 140

Jörg König

Stiftung Marktwirtschaft
(Hrsg.)

ISSN: 1612 – 7072

Mehrwert bedeuten würden, wie beispielsweise eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Die Schlagkraft des ESM ließe sich erhöhen, indem die Überwachung der Fiskalregeln auf ihn übergehen und eine Insolvenzordnung für Staaten implementiert würde. Verbesserte Finanzierungsbedingungen sollten durch eine Verringerung der Fragmentierung der Kapitalmärkte und durch pfandbriefähnliche Staatspapiere angestrebt werden, die eine Mithaftung der Mitgliedstaaten explizit ausschließen und das Haftungsprinzip auf der Schuldnerseite stärken.

Wichtiger als die Schaffung immer neuer Institutionen ist aber die Bereitschaft aller europäischen Akteure, sich an gemeinsam beschlossene Regeln zu halten und diese durchzusetzen. Dies würde dazu führen, dass die Staaten die Risiken und Kosten ihrer Politik nicht auf Steuerzahler anderer Mitgliedstaaten abwälzen, sondern selbst tragen müssten. Das 109-malige Überschreiten der Defizitgrenze (stets ohne Sanktion), die geringe Bereitschaft zur Umsetzung länderspezifischer Reformempfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters (11 aus 823 Empfehlungen vollständig umgesetzt), die regelwidrigen Bankenretungen seitens des italienischen Staates (trotz des gültigen Abwicklungsmechanismus) und die nach wie vor extrem staatsfinanzierungsbegünstigende Geldpolitik der Europäischen Zentralbank lassen jedoch Zweifel an der notwendigen Regeltreue aufkommen. Insofern sind Vorstöße zu mehr Risikoteilung kritisch zu beurteilen.



Die Studie (Argument Nr. 140)
finden Sie auf unserer Homepage:
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Kein Ende der Arbeit in Sicht

Auswirkungen am Arbeitsmarkt: Digitalisierung gestalten statt erleiden

In der Debatte um die Zukunft der Arbeit wird allzu oft das düstere Bild einer arbeitsplatzvernichtenden Digitalisierung gezeichnet, in dem digitale Technologien ganze Massen von Beschäftigten unausweichlich in die Arbeitslosigkeit drängen. Untermuert werden solche Schreckensszenarien durch Studien, die massive Automatisierungspotenziale von bis zur Hälfte aller Arbeitsplätze ermitteln.

Die Studie „Digitalisierung und Beschäftigung – Ein Ende ohne Arbeit oder Arbeit ohne Ende?“ der Stiftung Marktwirtschaft zeigt, dass derartige Prognosen die negativen Arbeitsmarktauswirkungen neuer Technologien massiv überzeichnen, denn insgesamt dürften positive Beschäftigungseffekte überwiegen. Statt fälschlicherweise von technologischen Potenzialen auf Beschäftigungseffekte zu schließen, müssen die zahlreichen Einflussfaktoren und gegenläufigen Effekte berücksichtigt werden. So führen Wirtschaftlichkeitsüberlegungen oder mangelnde soziale Akzeptanz häufig dazu, dass nicht alles, was technologisch möglich ist, letztlich auch zur Anwendung kommt. Ebenso kann sich der Schwerpunkt von Berufsbildern hin zu schwer automatisierbaren Tätigkeiten verschieben. Vor allem aber müssen sowohl die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in bestehenden Branchen als auch die Entstehung völlig neuer Beschäftigungsbereiche potenziellen Arbeitsplatzverlusten gegenübergestellt werden.

Hinzu kommt, dass die Debatte um ein Ende der Arbeit keinesfalls neu ist, sondern stets auch vergangene Inno-



Auch Prof. Dr. Helge Braun MdB, Bundesminister für besondere Aufgaben, Chef des Bundeskanzleramts, bekräftigte bei der Tagung der Stiftung Marktwirtschaft „Von der liberalen Marktwirtschaft zur digitalen Staatswirtschaft?“ am 20. Juni 2018 das Ziel der Vollbeschäftigung.



Digitalisierung und Beschäftigung: Ein Ende ohne Arbeit oder Arbeit ohne Ende?

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik,
Nr. 141

Fulko Lenz

Stiftung Marktwirtschaft
(Hrsg.)

ISSN: 1612 – 7072

vationsschübe begleitete. So zierte der arbeitsplatzstehende Roboter unter der Überschrift „Fortschritt macht arbeitslos“ bereits 1978 das Titelbild des „Spiegel“. Dennoch bewahrheiteten sich die Ängste bisher nie: Auf lange Sicht brachte technologischer Fortschritt mehr Beschäftigung. Grund hierfür war auch die oftmals übersehene Komplementarität von Technologie und menschlicher Arbeit. So bedeutete zum Beispiel die Einführung von Geldautomaten keineswegs, dass das Personal am Bankschalter vollständig ersetzt wurde. Stattdessen nahm die Beschäftigtenzahl an den Schaltern insgesamt sogar zu, während sich das Tätigkeitsspektrum veränderte.

Dass neue Technologien und Strukturwandel am Arbeitsmarkt zudem in der Vergangenheit einen massiven Anstieg der Lebensstandards ermöglichten, geht in einer von Verlustängsten geprägten Debatte um moderne Technologien viel zu oft verloren. Es wäre daher ein weniger angstbestimmter Umgang mit den Veränderungen durch die digitale Transformation angebracht, in dem es mehr um die Fähigkeit zum Wandel als um eine regulatorische Grundabwehrhaltung gegenüber innovativen Geschäftsmodellen und sozialstaatliche Umverteilungspläne für eine vermeintliche Welt ohne Arbeit ginge. Denn wer aus Angst vor dem Verlust des Status quo versucht, Veränderungen aufzuhalten, der verspielt damit die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Darin dürfe die eigentliche Gefahr für die Zukunft der Arbeit in Deutschland liegen.

web

Den Bericht zur Tagung finden Sie
in Kürze auf unserer Homepage:
www.stiftung-marktwirtschaft.de



Die Studie (Argument Nr. 141)
finden Sie auf unserer Homepage:
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Ehrbarer Staat? Generationenbilanz Update 2018

Die Pläne der Großen Koalition könnten langfristig bis zu 5 Billionen Euro kosten

Wie hoch ist die deutsche Staatsverschuldung, wenn man zusätzlich zu den offiziell ausgewiesenen Schulden auch die sogenannten impliziten Schulden berücksichtigt? Letztere stellen zukünftige fiskalische Belastungen dar, die daraus resultieren, dass Leistungsversprechen des Staates für die Zukunft mit den heute geltenden Steuer- und Beitragssätzen nicht dauerhaft finanziert werden können. Der Frage nach der Höhe dieser derzeit noch „versteckten“ und nicht direkt sichtbaren Schulden geht die Stiftung Marktwirtschaft seit über zehn Jahren regelmäßig nach. Sie ist vor allem deshalb relevant, weil die zunehmende Bevölkerungsalterung in den umlagefinanzierten sozialen Sicherungssystemen zu einem erheblichen Anstieg der altersabhängigen Ausgaben führen wird, während gleichzeitig die staatlichen Einnahmen angesichts einer abnehmenden Erwerbspersonenzahl tendenziell unter Druck geraten werden.

Am 19. Juni 2018 stellte Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft, das diesjährige Update der Generationenbilanz für Deutschland im Rahmen eines Pressegesprächs in Berlin vor. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die deutsche Nachhaltigkeitslücke aus expliziten und impliziten Staatsschulden auf 200 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) beläuft. In absoluten Zahlen entspricht dies einem Gesamtschuldenstand der

öffentlichen Hand von rund 6,3 Billionen Euro. Mit 132 Prozent des BIP entfällt dabei der größere Teil auf die heute noch nicht direkt sichtbare implizite Staatsschuld.

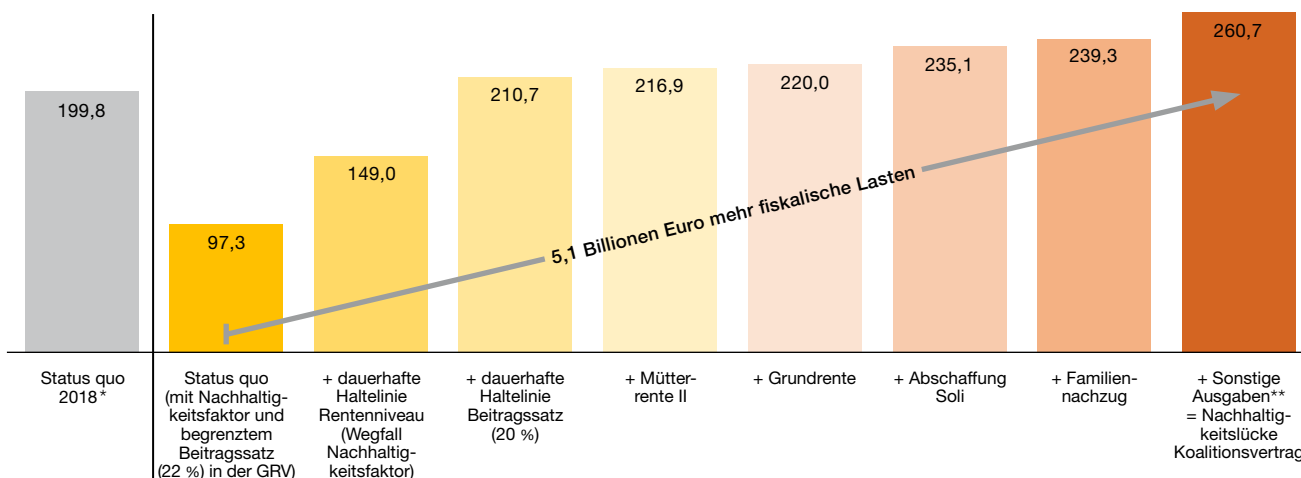
Zwar hat sich die Nachhaltigkeitslücke im Vergleich zum Vorjahresergebnis (224 Prozent des BIP) etwas verringert. Wirft man den Blick jedoch nach vorn auf die Pläne der Großen Koalition in dieser Legislaturperiode, so droht aus fiskalischer Sicht erhebliches Ungemach. Vor allem die rentenpolitischen Pläne – Mütterrente II, Solidarische Grundrente und Einführung einer dauerhaften doppelten Haltelinie – würden die Nachhaltigkeitslücke deutlich in die Höhe treiben und vergangene Reformen zur Entlastung junger und zukünftiger Generationen zunichte machen. Die Berechnungen von Professor Raffelhüschen und seinem Team am Forschungszentrum Generationenverträge zeigen, dass die Vorhaben der Großen Koalition – verglichen mit einer Situation, in der die Beitragssätze zur Rentenversicherung auf 22 Prozent steigen dürfen – die impliziten Schulden und damit die Nachhaltigkeitslücke um bis zu 5,1 Billionen Euro erhöhen können.

web

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Viel Gegenwart, wenig Zukunft: So teuer kann die Große Koalition werden

Nachhaltigkeitslücken (Gesamtstaat) in Prozent des BIP 2016 (3,14 Billionen Euro)



* Die „Status quo“-Berechnung unterstellt einen konstanten Beitragssatz von derzeit 18,6 % und bildet somit die vorsichtigste Schätzung ab. In den Szenarien rechts des Trennstriches wird die Annahme eines begrenzten Beitragssatzanstieges verwendet, welcher sich in den Grenzen des Altersvermögensgesetzes von 2001 bewegt.

** Zu den sonstigen Ausgaben zählen beispielsweise die Wiederherstellung der „Parität“ beim Zusatzbeitrag der GKV, die Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderzuschlags sowie weitere Mehrausgaben für Kinderbetreuung, BAföG, regionale Strukturpolitik und Forschung.
Quelle: Forschungszentrum Generationenverträge, 2018.

Flüchtlinge integrieren – Migration besser steuern

6. Kadener Gespräch zu Chancen und Herausforderungen der Zuwanderung

Auch knapp drei Jahre nach dem Höhepunkt des Zustroms von Flüchtlingen im Herbst 2015 sind die Folgen der ungesteuerten Zuwanderung noch immer ein bestimmender Teil des politischen Geschehens. Die zuweilen emotional geführte und stark polarisierte Debatte wird jedoch oftmals der Komplexität der Themen Flucht und Migration nicht gerecht. Die Stiftung Marktwirtschaft lud daher Experten aus Politik, Wissenschaft und Praxis zu einer Bestandsaufnahme nach Gut Kaden ein. Es wurde diskutiert, unter welchen Voraussetzungen die Integration von bleibeberechtigten Flüchtlingen gelingen kann und inwieweit die bildungspolitischen und fiskalischen Herausforderungen zu bewältigen sind. Neben der Fluchtmigration wurde auch die gesteuerte Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte erörtert, da diese für Deutschland angesichts des demografischen Wandels und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels wachsende Bedeutung bekommen dürfte.



Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Familie und Integration der Freien und Hansestadt Hamburg Dr. Melanie Leonhard.

Als Senatorin für Arbeit, Soziales, Familie und Integration der Freien und Hansestadt Hamburg berichtete Frau Dr. Melanie Leonhard von den praktischen Erfahrungen mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Trotz der enormen Belastungen sei es gelungen, zum Beispiel im Hinblick auf die Beschäftigung von Geflüchteten erste, beachtliche Erfolge zu erzielen. Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Möller, Direktor des IAB, widmete sich in seinem Vortrag den empirischen Daten zu Bildungsniveau und Beschäftigungschancen von Flüchtlingen. Zwar sei eine hohe Bildungsaspiration weit verbreitet, allerdings verfügten sie häufig über eine nur unzureichende Ausbildung und müssten zudem noch Sprachkenntnisse erwerben.

web

Den Bericht zur Tagung finden Sie in Kürze auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de



Auch Prof. Dr. Ludger Wößmann, Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik, sah in Bildung den Schlüssel zur Arbeitsmarktintegration. Er verwies jedoch ebenso auf bildungspolitische Grenzen angesichts des geringen Bildungs- und Ausbildungsstandards in den Herkunftsländern. Auf die hohen fiskalischen Kosten der Zuwanderung als ein Problem, das in Deutschland weit weniger Beachtung finde als beispielsweise in Dänemark, machte Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft und Direktor des Forschungszentrums Generationenverträge, in seinem Vortrag aufmerksam.

Als Beispiel für gesteuerte Zuwanderung stellte Thomas Letixerant, Geschäftsführer Operativ bei der Bundesagentur für Arbeit, zwei Modellprogramme zur Akquise von Fach- und Arbeitskräften für den deutschen Markt im Ausland vor. Ursula Gräfin Praschma, Leiterin der Abteilung für Internationale Aufgaben, Grundlagen, Asylverfahren und Migration beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, und Prof. Dr. Thomas Bauer, Vizepräsident des RWI, bewerteten in ihren Beiträgen die bestehenden Regelungen und Gesetze zur Steuerung von Einwanderung. Sie waren sich dabei einig, dass das deutsche Einwanderungssystem besser als sein Ruf sei und Anpassungsbedarf vor allem im Hinblick auf Transparenz bestehe.



Die Zeit-Herausgeber Josef Joffe Ph.D. moderierte die Tagung.

Heilsamer Wettbewerb? Das Gesundheitssystem und der Markt

Tagung am 15. Mai 2018 in Berlin mit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn MdB



Das Podium: der Moderator der Tagung Peter Thelen, Prof. Dr. Michael Eilfort, Jens Spahn MdB, Karin Maag MdB, Prof. Achim Wambach Ph.D., Prof. Dr. Berthold Wigger, Dr. Edgar Franke MdB, Prof. Dr. Andrew Ullmann MdB und Prof. Dr. Jürgen Wasem (v.li.).

Nachdem die Gesundheitspolitik in den letzten Jahren etwas aus dem Fokus öffentlicher politischer Debatten geraten war, könnte sich das in dieser Legislaturperiode wieder ändern. Sinnvoll wäre es allemal, wenn die Politik das deutsche Gesundheitssystem im Hinblick auf seine Zukunftsfähigkeit genauer unter die Lupe nehmen würde. Schließlich gehört es zu den teuersten in Europa, ohne dass es im Hinblick auf qualitative Gesundheitsindikatoren und eine effiziente Mittelverwendung gleichermaßen herausragende Ergebnisse liefern könnte. Auffällig ist vielmehr ein überdurchschnittlich hohes quantitatives Aktivitätsniveau der Gesundheitsversorgung. Gemacht wird zwar viel, aber ist es mit Blick auf die Versorgungsqualität der Patienten auch immer das Richtige? Ließen sich nicht bessere Ergebnisse erzielen, wenn die Politik die zahlreichen – häufig hochgradig komplexen – regulatorischen Leitplanken konsequent in Richtung auf mehr und vor allem einen funktionsfähigeren Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Akteuren im Gesundheitsbereich ausrichten würde? An dieser Frage kommt man auf Dauer nicht vorbei, zumal die voranschreitende Bevölkerungsalterung den Kostendruck in den kommenden Jahren sukzessive erhöhen wird. Vor diesem Hintergrund hat die Stiftung Marktwirtschaft nur zwei Monate nach Konstituierung der neuen Bundesregierung das Thema „Wettbewerb im Gesundheitswesen“ im Rahmen einer Tagung in Berlin diskutiert.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn MdB würdigte in seinem einführenden Vortrag Wettbewerb als wichtiges Instrument, um angesichts begrenzter Ressourcen zu guten Ergebnissen für Versicherte und Patienten zu kommen. Besonderes Augenmerk legte der Minister dabei auf unterschiedliche Wettbewerbsdimensionen wie Preis- und Qualitätswettbewerb sowie die Schnittstellen von ambulanter und stationärer Versorgung, aber auch zwischen Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung. Spahn

betonte, dass der Wettbewerb trotz zahlreicher Fortschritte in der Vergangenheit noch nicht in allen Bereichen wie gewünscht funktioniert.

Einige der von ihm angesprochenen Herausforderungen standen auch in den sich anschließenden wissenschaftlichen Vorträgen im Fokus. Nach einem Überblick über wettbewerbliche Grundprobleme auf dem Gesundheitsmarkt durch Prof. Dr. Berthold U. Wigger wandte sich Prof. Dr. Jürgen Wasem der von politischer Seite ins Auge gefassten Reform des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs zu. Dieser diene in erster Linie dazu, Risiko-selektion zwischen den Krankenkassen zu vermeiden, und sollte nicht mit weitergehenden Zielen überfrachtet werden. Gleichwohl gebe es einige sinnvolle Reformschritte, um seine Wirksamkeit zu verbessern. Prof. Achim Wambach Ph.D. schließlich wandte sich den Privaten Krankenversicherungen zu und zeigte wenig Verständnis dafür, dass es dort aufgrund der fehlenden Portabilität von Altersrückstellungen kaum Wettbewerb um Bestandskunden gebe.

In der abschließenden Podiumsdiskussion unter der Moderation von Peter Thelen (Handelsblatt) diskutierten Karin Maag MdB, gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, Maria Klein-Schmeink MdB, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Edgar Franke MdB, stellvertretender gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion sowie Prof. Dr. Andrew Ullmann MdB, Obmann der FDP-Fraktion im Gesundheitsausschuss – mit durchaus überraschenden inhaltlichen Akzenten, was das Zutrauen in wettbewerbliche Prozesse im Gesundheitsbereich betrifft.

web

Den Bericht zur Tagung finden Sie in Kürze auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

(Abschaffung der) Abgeltungssteuer

Sinnvoll oder sinnfrei?

Die Abgeltungssteuer ist seit ihrer Einführung umstritten, denn die Besteuerung von Kapitalerträgen ist ein sensibles Thema, für die Bezieher von Kapitalerträgen genauso wie für diejenigen, die keine erzielen. Mit Einführung des automatischen Informationsaustauschs steht die Abgeltungssteuer auf dem Prüfstand – die teilweise Abschaffung der Abgeltungssteuer auf Zinserträge ist Bestandteil des Koalitionsvertrages von Union und SPD.

Doch ist dies wirklich sinnvoll oder braucht der Standort Deutschland nicht längst umfassendere Steuerstrukturreformen? War schon die Steuerpolitik der letzten Wahlperiode wenig ehrgeizig, so scheint diese Legislaturperiode gleichermaßen reformbefreit. Nach der Erbschaftsteuer, mit einem Aufkommen von 6,1 Milliarden Euro in 2017, und nun der Grundsteuer mit knapp 14 Milliarden Euro bleiben Reformvorhaben weiter den Steuerarten vorbehalten, die im Vergleich zum Gesamtsteueraufkommen von 735 Milliarden Euro eher gering ausfallen. Initiativen zur Stärkung des Steuerstandorts Deutschland vermisst man hingegen gänzlich.

Die Abgeltungssteuer ist zwar steuersystematisch fragwürdig, jedoch inzwischen eingespielt und stellt für Bürger und Verwaltung eine erhebliche Steuervereinfachung dar. Eine (teilweise) Abschaffung der Abgeltungssteuer würde auch eine Rückkehr zur Anlage KAP bedeuten. Die geplante

unterschiedliche Behandlung von Zinsen, Dividenden und Veräußerungsgewinnen würde zu äußerst komplexen Abgrenzungen, unerwünschtem Gestaltungspotential und für den Sparer zu potentiellen Steuererhöhungen führen – sofern nicht sichergestellt wird, dass die belastenden Elemente der Abgeltungssteuer gleichermaßen abgeschafft werden.



Die Kurzinformation finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Berliner Gespräche zum Finanzplatz

EU-Haushaltskommissar Oettinger zu Gast



Dr. Thomas Schäfer MdL, hessischer Finanzminister, Günther H. Oettinger, EU-Kommissar, Lucia Puttrich MdL, hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, sowie Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand Stiftung Marktwirtschaft (v. li.).

Anfang des Jahres ging die von der Hessischen Landesregierung und der Stiftung Marktwirtschaft ins Leben gerufene Reihe „Berliner Gespräche zum Finanzplatz“ in die fünfte Runde. Hauptredner in der Landesvertretung Hessens in Berlin war Günther H. Oettinger, EU-Kommissar für Haushalt und Personal.

Nach einer kurzen Einführung durch die hessische Staatsministerin Lucia Puttrich MdL zeichnete Oettinger ein gleichsam ungeschminktes wie aufrüttelndes Bild der derzeitigen Lage der Europäischen Union. Vor allem im Erstarren autoritärer Systeme in der Welt sah er eine potentielle Bedrohung für die europäische Werteordnung und ihre Wettbewerbsfähigkeit. Die Mitgliedstaaten der EU müssten sich daher stärker als bisher gemeinsam für die Zukunft Europas engagieren.

Viele Herausforderungen könnten heutzutage nur noch auf gesamteuropäischer Ebene sinnvoll angegangen werden, argumentierte der Kommissar und verwies exemplarisch auf drei Bereiche, in denen die EU einen echten Mehrwert bieten könne: Innere und äußere Sicherheit, Schutz der europäischen Außengrenzen sowie Forschung und Entwicklung, insbesondere im digitalen Sektor. Oettinger warb zugleich dafür, vorhandene Größenvorteile auszunutzen, da Europa andernfalls kaum im globalen Wettbewerb erfolgreich sein werde.

Als Handlungsempfehlung plädierte Oettinger u.a. für eine Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie der europäischen Bankenunion, um den Euroraum dauerhaft zu stabilisieren. Darüber hinaus sollten die Länder Europas sich rasch auf einen neuen mittelfristigen Haushaltsrahmen einigen und für Projekte mit europäischem Mehrwert zusätzliche finanzielle Mittel bereitstellen.